

Aktuelle Sonderausgabe:
Euro-Rettung,
Perspektiven für Europa,
Vermögenssteuern



Der Staat entschuldet sich, der Sparer bezahlt die Zeche

Die Versuchung Deutschlands, sich durch negative Zinsen und Inflation zu entschulden, ist erheblich | Von Kai Konrad

Sparer hatten in den vergangenen vier Jahren kaum Anlass zu Freude. Die Zinsen für Tages- und Termingeld oder für deutsche Staatsanleihen lagen oft deutlich unter der Inflationsrate. So wurden aus dem Euro vielleicht ein paar Euro mehr, die waren am Jahresende 2012 aber weniger wert als der gleiche Betrag 2008. Auch Institutionen wie die Lebensversicherungen, die das Sparen professionell betreiben, hatten darunter zu leiden. Die Garantieverzinsungen, die sie auf zehn oder mehr Jahre ihren Kunden versprochen haben, lassen sich kaum noch erwirtschaften. Und wenn man über viele Jahre höhere Renditen ausschütten muss als man selbst erwirtschaftet, wird irgendwann auch das größte Polster verbraucht sein.

Wie es dazu kam? Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Geldschleusen schrittweise seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 so weit geöffnet wie niemals zuvor. Für einen Jahreszins von derzeit 0,75 Prozent können sich Banken heute praktisch so viel Geld leihen wie sie möchten. Und das nicht nur über Nacht oder auf kurze Frist: Mit den longer-term refinancing operations (LTROs) hat die EZB den Banken fast 1000 Milliarden Euro gleich für mehrere Jahre angelehnt. Die EZB schafft so einen Anker für die Höhe der Zinsen, die für Staatsschuldentitel oder für Tages- und Termingeld gezahlt werden. So wird das Geld in die Staatsschuldenfinanzierung geschleust, und zwar zu Dumpingpreisen. Lebensversicherungen zwingt man außerdem ganz direkt dazu, Staatsschuldentitel zu kaufen: Der Staat schreibt ihnen eine „sichere“ Anlagestrategie vor. Und definiert „sicher“ entsprechend: Ausgerechnet Staatsschuldentitel werden staatlicherseits als „besonders sicher“ eingestuft. Andere große Wirtschaftszentren wie die USA oder Japan betreiben eine ganz ähnliche Politik. So muss der Staat nicht einmal



Prof. Dr. Kai A. Konrad ist Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er die Folgen der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und analysiert deren Nachteile für Sparer und Versicherte.

befürchten, dass der Anleger seine Gelder in andere Währungsräume verlagert.

Dies beschreibt einige Maßnahmen, die man auch als finanzielle Repression bezeichnet. Gemeint sind damit staatliche Eingriffe in die Finanzmärkte, mit denen der Staat Anleger dazu bringt, die Staatsschuldenfinanzierung zu Zinsen zu übernehmen und Staatsschuldentitel zu Bedingungen zu kaufen, die ohne diese regulierenden Eingriffe für die Anleger unattraktiv wären.

Gewinner der finanziellen Repression sind die Finanzminister in den Eurostaaten, soweit deren Staatsschuldentitel von den Anlegern noch als „sicher“ eingestuft werden, und die Banken. Für den deutschen Finanzminister ist die Situation sogar sensationell günstig: Für kurze Laufzeiten ist der Zins ins Minus gerutscht. Damit ist gemeint: Wenn der Staat sich heute 100 Euro leiht, muss er dem Anleger in ein bis zwei Jahren insgesamt weniger als 100 Euro wiedergeben – der Anleger hätte mehr Geld in der Tasche, wenn der die 100 Euro einfach unter das Kopfkissen gelegt hätte.

Solange die Wirtschaft in Deutschland weiter wächst und die Inflationsrate um die zwei Prozent beträgt, sinkt so die Staatsschuldenquote ganz von selbst, auch wenn der Finanzminister einen riesigen Schuldenberg vor sich her schiebt und jedes Jahr einige

Milliarden mehr Schulden aufnimmt. Ja, der Vorteil des Finanzministers ist sogar umso größer, je höher der Schuldenberg ist, denn die Schulden entwerten sich durch die Inflation jedes Jahr um einen bestimmten Prozentsatz. Ein Beispiel: Unterstellen wir einen Zins von 1 Prozent bei 2 Prozent Wirtschaftswachstum und 2 Prozent Inflation pro Jahr, dann halbiert sich die Staatsschuldenquote in weniger als 24 Jahren. Das heißt: Eine Schuldenquote von 20 Prozent fällt auf 10 Prozent, und eine Schuldenquote von 120 Prozent fällt auf 60 Prozent.

Auch die Banken können sich über die aktuelle Situation freuen. Sie leihen sich Geld von der EZB und kaufen damit Staatsschuldentitel. Diese Titel können sie bei der EZB als Sicherheit hinterlegen und sich noch mehr Kredite geben lassen. Die Differenz zwischen dem Kreditzins und den Staatsschuldenzinsen in Spanien, Italien oder Frankreich lässt bei den Banken die Kasse klingeln und sorgt für Nachfrage nach Staatsschuldentiteln.

Staaten dürfen sich nicht direkt bei der Europäischen Zentralbank verschulden. Sie sorgen aber dafür, dass die Banken viel Geld zu günstigen Zinsen von der EZB bekommen und damit die Staatsschulden finanzieren. So lässt sich das bestehende System jedenfalls interpretieren. Und wenn den Banken und Versicherungen dennoch die Kauflaune ausgeht, dann kauft die Zentralbank den Banken einen

Packen Schuldtitel ab und schafft Platz in ihrem Portfolio für neue Schuldtitel. Das funktioniert so ähnlich wie 2009 beim Automarkt und der Abwrackprämie: Stockt der Absatz für Neuwagen, dann nimmt man Gebrauchtwagen vom Markt und schon erhöht sich auch der Absatz für Neuwagen wieder.

Für die Wirkung finanzieller Repression auf die Staatsverschuldung ist die Differenz zwischen den Zinsen auf Staatsschulden und der Summe aus Wirtschaftswachstum und Inflation entscheidend. Noch günstiger als die augenblickliche Situation wäre es für den Staat als Schuldner deshalb, wenn es gelänge, die Inflationsrate zu erhöhen und die Schuldzinsen weiter niedrig zu halten.

Nach einer in der Presse vielzitierten Umfrage von TNS Infratest fürchtete zum Jahresende 2012 fast jeder zweite Deutsche, dass sein Geld wegen steigender Inflation bald nichts mehr wert ist. Mit dieser Befürchtung könnten die Bürger Recht haben: Politiker, deren Handlungsspielraum durch die erdrückende Staatsverschuldung verschwindet, mögen finanzielle Repression und höhere Inflation als eleganten Ausweg empfinden. Und auch die Banken können Gewinner eines solchen Regimes sein. Der Abbau der Staatsverschuldung kommt letztlich auch dem Steuerzahler zugute, denn bekanntlich sind die Schulden von heute die Steuern von morgen. Und so mag es nicht verwundern, dass finanzielle Repression sich auf einen breiten Konsens der Parteien stützen kann.

Aber der Preis ist hoch. Der Staat greift dem Sparer tief in die Tasche, besonders den Besitzern von Geldvermögen, Kleinsparern, Besit-

Fortsetzung auf Seite 2

Die Rettungsspirale dreht sich und dreht sich

Die Europäische Zentralbank reagiert auf selbstgeschaffene Probleme, indem sie neue schafft | Von Philipp Bagus

Staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verzerren nicht nur das übliche Zusammenspiel der Akteure, sondern verleiten auch zu immer weiteren Eingriffen und damit einem Anschwellen der Staatsmacht – dies zeigte der österreichische Ökonom Ludwig von Mises in seinem Werk *Kritik des Interventionismus* schon 1929, im Jahr des Beginns der großen Weltwirtschaftskrise. Mises erklärt, dass Interventionen zu unbeabsichtigten Problemen führen, die entweder die Rücknahme des ursprünglichen Eingriffes erfordern oder Folgeinterventionen zur Lösung dieser neuen Probleme veranlassen. Die Folgeinterventionen zeitigen ebenfalls unerwünschte Konsequenzen, die dann gegebenenfalls mit weiteren Eingriffen bekämpft werden. Eine Interventionslawine gerät in Bewegung und begräbt die freie Wirtschaft unter sich.



Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker ist Koautor einer Studie zum isländischen Finanzkollaps (*Deep Freeze. Iceland's Economic Collapse*). Sein jüngstes Buch *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* erschien im FinanzBuch Verlag.

Diese Entwicklung lässt sich sehr schön mit dem Aktionismus der Europäischen Zentralbank, EZB, veranschaulichen, die sich von einem Eingriff ins Geldwesen zum nächsten, zum Allesretter und Kontrolleur aufgeschwungen hat. Das Unheil nahm seinen Lauf seit dem Jahr 2001, als die EZB der aggressiven Zinssenkungspolitik der amerikanischen Notenbank, Federal Reserve, folgte. Besonders in der europäischen Peripherie kam es zu einer

enormen Kreditausweitung. Es wurden Kredite vergeben, die nicht durch reale Ersparnisse, d. h. Konsumverzicht, gedeckt waren, sondern einfach aus dem Nichts geschaffen wurden. Es wurden Investitionen finanziert, die letztlich nicht tragfähig waren – wegen der fehlenden Ersparnisse.

Mit der günstigen Liquidität alimentiert, expandierte der Bankensektor, boomte der

Immobilienmarkt und wucherten gewaltige Wohlfahrtsstaaten heran – die Politikeliten bedienten sich großzügig. Die EZB-Liquiditätsschwemme blähte Blasen auf und erzeugte Verzerrungen, wohin man blickte.

Wie bei allen Interventionen gab es zwei grundsätzliche Möglichkeiten, auf die selbstgeschaffenen Probleme zu reagieren. Erstens konnte die EZB ihre Eingriffe rückgängig machen, die Zinsen deutlich erhöhen und Liquidität abschöpfen. Das hätte viele Akteure getroffen, die nur künstlich am Leben erhalten wurden und werden. Es wäre zu einer großen, schmerzhaften, aber auch schnellen Bereinigung gekommen. Der Immobiliensektor wäre kollabiert. Der Finanzsektor hätte

Fortsetzung auf Seite 3

Kleine Länder, kleine Sorgen

Der „Länderindex Familienunternehmen“ ist ein Kompass für Investitionsentscheidungen. Die Sieger überraschen

Von Brun-Hagen Hennerkes

W den „Länderindex Familienunternehmen“ in seiner ersten Auflage 2006 aufmerksam studiert hat, der hätte gewarnt sein müssen: Südeuropa ist für Familienunternehmen ein schwieriges Umfeld. Italien und Spanien rangierten damals im hinteren Feld der 18 untersuchten Länder, heute sind beide klare Schlusslichter, was ihre Attraktivität für Investitionen angeht. Nicht wenige Unternehmer haben sich daher von dort zurückgezogen. Die größten Schwächen dieser Region sind Überregulierung, mangelnder Gläubigerschutz und schwaches Rating. Das sind aber keinesfalls alle Schwächen.

Mit dem Länderindex bietet die Stiftung Familienunternehmen schon zum vierten Mal einen Kompass für den Unternehmer. Welche Standorte in Europa und den USA bieten besonders gute Voraussetzungen, und wo lohnt es sich, neue Arbeitsplätze aufzubauen? Damit bietet der Index auch den Regierungen eine wichtige Messlatte für industriepolitische Entscheidungen. Gleichzeitig dokumentiert die 300-seitige Untersuchung eine Vielzahl relevanter Detailinformationen und unterstützt damit global agierende Familienunternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen.

An Anziehungskraft deutlich verloren hat das einst viel gepriesene angelsächsische Modell. Gegenüber 2006 ist Großbritannien, damals noch Spitzenreiter, um drei Plätze zurückgefallen, die USA sogar um vier. Familienunternehmen engagieren sich im Ausland in aller Regel unter einer Langfrist-Perspektive. Unter



Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes ist Gründer und Vorstand der Stiftung Familienunternehmen.

diesem Aspekt bieten derzeit überraschenderweise die Schweiz sowie Dänemark und Finnland die besten Bedingungen. Gerade die Schweiz! Ein Hochlohn- und Hochpreisland, noch nicht einmal Mitglied in EU und Eurozone. Das straft alle Propheten Lügen, die für das „Immer Größer“ und „Immer Gleicher“ werben.

Alle drei Länder haben jeweils weniger als acht Millionen Einwohner. Damit spielen sie im europäischen Größenvergleich eher in der Regionalliga. Und darin liegt genau ihre Stärke. Sie sind, soweit es um die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum geht, eben weniger als andere und bieten den Unternehmen nicht nur bessere Voraussetzungen für Kapital- und Gewinnzuwachs, sondern auch – und das ist sehr wichtig – größeren Raum für freie Gestaltung und Entwicklung.

Vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe des Index im Jahre 2006 wurde eine Vielzahl von Familienunternehmen danach befragt, welchen Aspekten sie für ihre Investitionsentscheidung ein besonderes Gewicht zumessen. Fünf Bereiche wurden genannt: „Steuern“, „Arbeitskosten“, „Produktivität“, „Humankapital“, „Regulierung“, „Finanzierung“ und „Öffentliche Infrastruktur“. So schneidet Deutschland im Vergleich zu Finnland in allen fünf Bereichen schlechter ab. Gegenüber Dänemark weist es immerhin in zwei Punkten, nämlich bei Steuern und Finanzierung, ein vergleichbares Niveau auf. Beim Faktor Energie wiederum punkten alle, Deutschland ebenso wie auch die Gruppenbesten, ähnlich schwach.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Deutschland ist nach dem Ergebnis der Studie kein schlechter Standort, es gilt in der Öffentlichkeit zu Recht als Konjunkturlokomotive des Kontinents. Dazu haben viele große deutsche Familienunternehmen maßgeblich beigetragen, sie haben ihren Umsatz gesteigert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus der Perspektive der Familienunternehmen gibt es keinen Anlass zur Selbstzufriedenheit. Der Länderindex bewertet, wie sehr sich Investitionen lohnen, und gibt damit auch einen Ausblick auf künftige Entwicklungen. Im Kontrast zu anderen Ländern erweist sich die ökonomische Robustheit

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Der Staat entschuldet sich, der Sparer bezahlt die Zeche

zern von Lebensversicherungen oder von Riesterraten. Der Staat macht die Kapitalbildung weniger attraktiv und senkt die Ersparnis. Und er schürt Inflationserwartungen, die sich mittelfristig erfüllen dürften.

Inflation kann man nicht aufreihen wie den Wasserhahn. Und es gibt Stimmen, die für die kommenden zehn Jahre eher eine Entwicklung wie im Japan der 1990er-Jahre nach der dortigen Banken- und Immobilienkrise erwarten. Der Staat kann aber Rahmenbedingungen schaffen, in denen Inflation wahrscheinlich ist. Und trotz aller öffentlicher Bekundungen gilt: Die Weichen dafür sind gestellt, besonders in Deutschland.

Zwischen Zinsen und Inflation gibt es eigentlich einen natürlichen Zusammenhang. Erwarten die Sparer eine um 3 Prozent höhere Inflation pro Jahr, dann müsste auch der Zins entsprechend um 3 Prozent höher sein, um die daraus entstehenden Kaufkraftverluste auszugleichen oder die reale Rendite der Sparer auf dem gleichen Niveau zu halten. Diesen Gedanken hatte bereits Irving Fisher vor fast 100 Jahren. Und Michael Darby hat vor zirka 40 Jahren darauf hingewiesen, dass 3 Prozent als Ausgleich nicht einmal ausreichen, wenn der Sparer von diesen 3 Prozent noch Kapitalertragsteuern zahlen muss. Bei einem Steuersatz der Kapitalertragsteuer von 25 Prozent müsste der Zins für einen vollen Inflationsausgleich eher um 4 Prozent steigen. Empirisch gibt es tatsächlich einen positiven Zusammenhang zwischen Inflation und Zins. Aber der tatsächlich zu messende Effekt ist kleiner, als er sein müsste, um die Inflation und die zusätzliche Steuer auszugleichen. Das mag den Finanzminister freuen.

Der Finanzminister kann sich auch freuen, wenn sich die Inflation einmal sprunghaft von 2 auf 6 Prozent erhöht und auf diesem Niveau bleibt. Denn die Zinsen auf Staatsschulden muss er erst anpassen, wenn er die bestehenden Kredite zurückzahlt und durch neue Kredite finanziert. Überschlägt hat die Bundesschuld durchschnittliche Restlaufzeiten von gut 6 Jahren. Das zeigen Statistiken der Bundesfinanzagentur. Die Gläubiger der Bundesanleihen bekommen so lange keinen Inflationsausgleich, bis diese Anleihen fällig werden. Für Deutschland kann man ausrechnen, was der Finanzminister bei einem Sprung von 2 auf 6 Prozent spart: Der Schuldendienst verliert bei einem solchen Inflationsprung sofort etwa ein Fünftel seines Werts. Bezogen auf 2000 Milliarden wäre das die stolze Summe von 400 Milliarden Euro.

Was der staatliche Haushalt so gewinnt, schlägt sich natürlich als Verlust bei den Besitzern eben jener Staatsschuldtitel nieder. Ein verantwortungsvoller Staat berücksichtigt das. Besonders wenn die eigene Bevölkerung von den Verlusten betroffen ist. Nun gehört die deutsche Staatsschuld zu Großteilen gar nicht der deutschen Bevölkerung. Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zeigen: Etwa die Hälfte der deutschen Staatsschulden wird von ausländischen Nationalbanken oder privaten Anlegern im Ausland gehalten. Wenn die Gläubiger durch eine höhere Inflation Verluste erleiden, dann trifft das zur Hälfte ausländische Investoren.

Und es gibt noch einen weiteren Grund, der Inflation für den Staat interessant macht. Steuern werden in der Regel auf Nominalwerte erhoben. Steigen durch die Inflation die Preise von Vermögensgütern, dann entsteht durch den nominalen Wertzuwachs ein Scheingewinn. Der ist mitunter steuerpflichtig. Nehmen wir an, ein Unternehmen kauft ein Grundstück für 10 Millionen Euro. Selbst wenn das Grundstück real in den Folgejahren genau seinen Wert erhält, steigt sein Preis wegen der Inflation um den Inflationsausgleich. Nach einigen Jahren verkauft das Unternehmen das Grundstück. Wegen des Inflationsausgleichs ist der Verkaufspreis höher. Und da greift der Staat zu: Er besteuert die Differenz zwischen Kauf- und Verkaufspreis, so als ob diese Differenz ein echter Wertzuwachs oder ein Gewinn wäre.

Inflation, gerade in Verbindung mit finanzieller Repression, hat Gewinner und Verlierer. Zu den Gewinnern gehört der Finanzminister. – stellvertretend für alle Steuerzahler, die keine Ersparnisse haben. Auch die Banken gehören auf die Gewinnerseite. Und die Geschäftslage für Lebensversicherungen entspannt sich ebenfalls. Die Leidtragenden sind die Sparer, gerade die, denen man seit Jahrzehnten sagt, sie sollen privat für ihr Alter vorsorgen. ♦

Der Untergang von AEG-Telefunken bleibt ein warnendes Beispiel

Die ökonomischen und rechtlichen Probleme einer Vermögenssteuer überwiegen deren vermeintlichen Vorteile so deutlich, dass sich jede Neubelebung des einst als verfassungswidrig ausgesetzten Vermögenssteuergesetzes von selbst verbietet | Von Hans-Georg Jatzek

In Wahlkampfzeiten ist es fast schon Tradition, dass von einigen Wahlkämpfern unter dem Schlagwort „soziale Gerechtigkeit“ an Neidinstinkte bestimmter Wählerschichten appelliert und eine höhere Besteuerung von Besserverdienern und Vermögensbesitzern gefordert wird. So mehren sich auch aktuell wieder die Stimmen bei SPD, Grünen und Der Linken, die eine „Wiedereinführung“ der Vermögenssteuer und/oder die Erhebung einer Vermögensabgabe fordern.

Historisch wurde die Vermögenssteuer allerdings nie abgeschafft, sondern sie darf nur nicht mehr erhoben werden, da das alte Vermögenssteuergesetz verfassungswidrig ist (Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, BVerfG, vom 22. Juni 1995).

Wie schon bei den früheren Vermögenssteuergesetzen diesen hiervon zwangsläufig auch die Unternehmen betroffen, da es unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten (siehe die Vorlage des Bundesfinanzhofs, BFH, in Sachen Erbschaftsteuer



Dr. Hans-Georg Jatzek ist Steuerberater und Partner in der Kanzlei Jatzek & Partner in München. Der studierte und an der Universität Stuttgart promovierte Diplomat war in der finanzwissenschaftlichen Abteilung des Ifo-Instituts tätig. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er die fatale Wirkung einer ertragsunabhängigen Substanzbesteuerung von Unternehmen.

erreformgesetz beim BVerfG) kaum möglich sein dürfte. Betriebsvermögen einseitig von einer Vermögenssteuer zu verschonen.

Die extrem negativen Folgen einer ertragsunabhängigen Substanzbesteuerung von Unternehmen haben sich in der Vergangenheit immer wieder sehr deutlich gezeigt. Sie sind vielen der heutigen Jungpolitiker aber altersbedingt nicht mehr geläufig. Ein typisches Beispiel dafür, wie langfristig ertraglose Großunternehmen durch Substanzsteuern, insbesondere die Vermögenssteuer, in die Insolvenz besteuert und zigtausende Arbeitsplätze dadurch vernichtet werden, ist die AEG-Telefunken AG. Sie musste am 9. August 1982 beim Amtsgericht Frankfurt am Main Vergleich anmelden.

Die AEG erzielte von 1971 bis 1982 in Summe einen Verlust von rund 1.760.000.000 DM. In der gleichen Zeit musste sie rund 1.140.000.000 DM Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen zahlen. Da Ertragssteuern nur anfallen, wenn auch Erträge erzielt werden, beruhte diese Steuerlast nahezu ausschließlich auf Substanzsteuern, insbesondere der Vermögenssteuer. Ohne die Substanzsteuerbelastung hätten sich lediglich für ein Unternehmen dieser Größenordnung verkraftbare

Verluste von 621.419.000 DM ergeben; die AEG hätte keinen Vergleich anmelden müssen.

Letztlich hat die ertragsunabhängige Besteuerung mit 1,14 Milliarden DM dazu geführt, dass das Unternehmen im Rahmen eines zweijährigen Vergleichsverfahrens (Herbst 1982 bis Herbst 1984) erheblich Personal abbauen musste. Die Mitarbeiterzahl im Inland schrumpfte von 100.600 am 31.12.1981 auf 60.560 am 31.12.1984, also um rund 40 Prozent.

Diese Problematik, ertragsunabhängig Vermögenssteuer zahlen zu müssen, hatte seinerzeit auch viele mittelständische Betriebe getroffen. Solange sie deutlich schwarze Zahlen schrieben, war es kein Problem, auch für Steuerzahlungen den Kreditrahmen in Anspruch zu nehmen oder aufzustocken. In Krisenzeiten mit roten Zahlen haben die Banken aber regelmäßig darauf bestanden, dass Kreditrahmen zurückgeführt werden und Kreditmittel ausschließlich für „produktive“ Zwecke verwendet werden,

wozu Steuerzahlungen nun einmal nicht gehören. Nachdem keine Erträge vorhanden waren, um daraus die Vermögenssteuer zu bezahlen und die Banken häufig hierfür keine Kreditmittel freigaben, konnten die Unternehmer – sofern vorhanden – die notwendige Liquidität für die Steuerzahlungen allenfalls aus ihrem Privatvermögen bereitstellen – oder sie mussten Konkurs anmelden.

Auch die angeblichen „Mehreinnahmen“, die der Staat hierdurch – vorgeblich für soziale Zwecke – generieren will, stellen sich häufig als reines Wunschdenken dar. Es wird nämlich immer wieder übersehen, dass Steuererhöhungen oder die Einführung neuer Steuern bei den Betroffenen häufig zu Ausweichreaktionen führen. In der Wissenschaft ist dieses Phänomen seit langem unter dem Begriff „Laffer Curve“ bekannt: Das Steueraufkommen sinkt nach Steuererhöhungen, statt zu steigen.

Empirisch zeigen das aktuell die Reaktionen der Gutverdiener in Frankreich auf Hollandes „Reichensteuer“ und in Deutschland immer wieder die Raucher im Bereich der Tabaksteuer: Nach den Erhöhungen der Tabaksteuer ist immer mehr Raucher auf günstiger besteuerte selbstgedrehte Zigaretten ausgewichen, wodurch das Tabaksteueraufkommen insgesamt gesunken ist. Besonders



Wie die Vermögenssteuer AEG-Telefunken das Genick brach

Jahr	Jahresergebnis vor Steuern	Steuern (mit Vermögenssteuer)	Jahresergebnis
1971	206.000.000	-127.000.000	79.000.000
1972	207.000.000	-162.000.000	45.000.000
1973	287.000.000	-193.000.000	94.000.000
1974	-562.000.000	-102.000.000	-664.000.000
1975	7.000.000	-84.000.000	-77.000.000
1976	493.000.000	-96.000.000	397.000.000
1977	106.931.000	-99.281.000	7.650.000
1978	-263.030.000	-83.542.000	-346.572.000
1979	-891.394.000	-76.154.000	-967.548.000
1980	-230.821.000	-47.024.000	-277.845.000
1981	68.895.000	-34.805.000	34.090.000
1982	-50.000.000	-35.000.000	-85.000.000
Summe	-621.419.000	-1.139.806.000	-1.761.225.000

1982 galt noch das später als verfassungswidrig ausgesetzte Vermögenssteuergesetz. Pech für die AEG-Telefunken AG: So musste sie beispielsweise 1975 auf ein mageres Jahresergebnis von 7 Millionen DM den Riesenbaten von 84 Millionen DM Steuern zahlen: zu der ergebnisbedingt geringen Einkommen- und Ertragssteuer kam die ertragsunabhängige Vermögenssteuer. Als sich 1982 zu einem aufgelaufenen Verlust von 621 Millionen DM noch 1,14 Milliarden DM Steuerlast summieren, musste das Unternehmen Vergleich anmelden. Oben demonstrieren Beschäftigte von Telefunken.

krass belegen die Zahlen zu den Steuereinnahmen in Großbritannien die „Laffer Curve“.

In Großbritannien erhöhte die Labour-Regierung 2010 den Spitzensteuersatz von 40 Prozent auf 60 Prozent. Hatte es vor der Erhöhung noch 16.000 Briten gegeben, die eine Million Pfund und mehr in Großbritannien versteuerten, so waren es im ersten Jahr mit dem höheren neuen Steuersatz nur mehr 6000, also fast zwei Drittel weniger. Als Folge

der Steuererhöhung hat der britische Fiskus statt 16,5 Milliarden Pfund nur mehr 6,5 Milliarden Pfund von seinen „Besserverdienern“ eingenommen, wie die Welt am Sonntag am 2. Dezember 2012 berichtete.

Nachdem Schatzkanzler Osborne im März 2012 angekündigt hatte, den Spitzensteuersatz wieder auf 45 Prozent zu senken, stieg die Zahl britischer Einkommensmillionäre wieder,

liegt aber immer noch erst bei rund 50 Prozent der Anzahl vor der Steuererhöhung.

In Frankreich hat der neue Staatspräsident seine Ankündigungen aus dem Wahlkampf wahrgemacht und den Spitzensteuersatz auf 75 Prozent erhöht und eine Sonder-Vermögenssteuer eingeführt. Als Folge davon rollen die inzwischen geläuterten Briten schon den roten Teppich für die französischen Spitzenverdiener aus (Focus vom 23. Juni 2012). Der britische Premierminister Cameron war unverblümt um den Zuzug von französischen Unternehmen nach Großbritannien, um mit deren (moderater) Steuerzahlungen das britische Gesundheitssystem und Schulwesen aufzupfeilen.

Derweil werden in Frankreich hunderte von Luxusimmobilien verkauft und in Belgien von Franzosen gekauft. Auch wenn Umzugspläne meist geheim gehalten werden, so sickert dies bei Prominenten doch gelegentlich vorzeitig durch.

Auch produzierende Unternehmen haben angekündigt, Produktionen ins steuerünstigere Ausland zu verlagern oder neue Unternehmen dort und nicht in Frankreich aufzubauen. Hierzu zählen Alain Afflelou, der französische „Fielmann“ und Yves Bontaz (Automobilzulieferunternehmen) und Jean-Gil Boutouzet (Bourse Direct), wie Spiegel Online am 29. Dezember 2012 berichtete.

Das Schließen einer vermeintlichen „Gerechtigkeitslücke“ durch Einführung neuer Steuern und/oder Erhöhung bestehender Steuern würde, wie diese Beispiele zeigen, hierzulande ebenso mit hoher Wahrscheinlichkeit zu keinerlei Mehreinnahmen führen, möglicherweise sogar zu Mindereinnahmen. Deutschland grenzt – abgesehen von Frankreich – ausnahmslos an Länder an, deren Steuerebene mit dem momentanen deutschen vergleichbar oder sogar niedriger ist. Im Übrigen hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber deutliche Vorgaben gegeben, welchen Voraussetzungen Substanzsteuern zu entsprechen haben.

Die Politik und deren handelnde Akteure neigen seit Jahren dazu, verfassungsrechtliche Bedenken schlichtweg zu ignorieren, wie die Steinbrückische Erbschaftsteuerreform gezeigt hat, die der Bundesfinanzhof wie ihre Vorgänger für verfassungswidrig hält. Es wird Zeit, dass Abgeordnete, die „an Umfrage und Weisungen nicht gebunden“ sind (Grundgesetz, Art. 38), ihr Votum zu Gesetzen und Gesetzesänderungen wieder mehr an der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen grundgesetzlichen Messlatte orientieren statt an Fraktionsvorgaben und bedenklichen Einnahmesteigerungswünschen. Die – trotz erheblicher ver-

fassungsrechtlicher Bedenken renommierter Wissenschaftler – „durchgepeitschte“ Steinbrückische Erbschaftsteuerreform sollte hier als warnendes Beispiel dienen.

Eine der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes besteht darin, dass im ersten Schritt alles Vermögen mit Verkehrswerten bewertet werden muss. Dies ist theoretisch logisch, stößt aber in der Praxis auf immense Schwierigkeiten und birgt ungeheures Streitpotential: Welchen Wert hat eine Spezialimmobilie ohne Mieter oder ein seit längerem leerstehendes Bürohaus? Was ist ein Unternehmen wert? Was sind Kunstgegenstände, Briefmarkensammlungen, gebrauchter Schmuck wert? Wer soll in welcher Zeit deutschlandweit sämtliches Vermögen bewerten?

Verfassungsrechtlich geboten wäre wohl auch eine Gleichbehandlung bei der Bewertung von Altersvorsorge-Vermögen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Lebensversicherungen, (private) Rentenversicherungen und ähnliche Vorsorgeaufwendungen bewertungsrechtlich erfasst und der Besteuerung unterworfen werden, die – teilweise beim Barwert im siebenstelligen Bereich angesiedelten – Ansprüche auf Altersvorsorge nach den Diätengesetzen des Bundes, der Länder und nach beamtenrechtlichen Vorschriften aber nicht. Hier wäre die Ertragsbewertung sogar noch wesentlich einfacher als bei vielen anderen Vermögensarten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Versuch, die Vermögenssteuer zu reaktivieren, ausschließlich zu gesamtwirtschaftlich negativen Folgen führen kann. Dem Aufkommen einer solchen Steuer steht nicht nur ein völlig unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand zur Bewertung gegenüber, verbunden mit einer damit einhergehenden (Finanzgerichts-)Prozesslawine mit Gutachter-„Schlachten“, sondern auch die Gegenreaktion der betroffenen Bürger.

Wie die Beispiele unserer Nachbarländer Großbritannien und Frankreich aus jüngerer Zeit zeigen, dürften die – nach Kosten verbleibenden – Einnahmen aus einer Vermögenssteuer durch Mindereinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer sowie der Gewerbesteuer (die die „Steuerflüchtlinge“ und deren verlagerte Betriebe oder Betriebsstelle ja auch nicht mehr zahlen) überkompensiert werden. Dazu kommen steigende Sozialausgaben durch den vorhersehbaren Verlust an Arbeitsplätzen und sinkende Einnahmen aus Sozialabgaben.

Das Schicksal der traditionsreichen AEG-Telefunken AG sollte ein warnendes Beispiel vor linkspopulistischen „Schnellschüssen“ sein. ♦

Fortsetzung von Seite 1

Die Rettungsspirale dreht sich und dreht sich

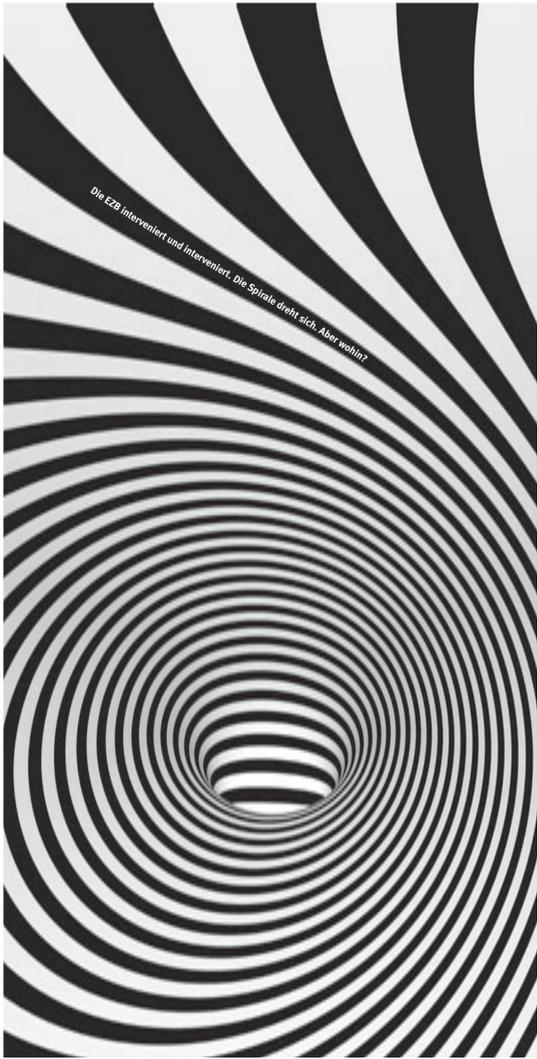
sich gesundgeschrumpft. Ganze Staaten hätten Bankrott anmelden und ihre Ausgaben massiv einschränken müssen.

Die EZB entschied sich 2008 wie andere Notenbanken für die zweite der beiden Möglichkeiten, um auf die Probleme des Interventionismus zu reagieren: Folgeinterventionen. Sie senkte die Zinsen und pumpte weitere Liquidität in den Markt. So konnten Immobilienunternehmen überleben, oder ihr Ableben hinauszögern, und Bauprojekte beenden. Als der Interbankenmarkt zusammenbrach sprang die EZB auch für die Banken in die Bresche. Sie senkte wiederholt die Anforderungen für die Sicherheiten bei Refinanzierungsgeschäften und erhöhte die Laufzeit ihrer Kredite – mit den längerfris-

mitgehoffen. Schon vor 2010 akzeptierte die EZB Staatsanleihen aus der Peripherie als Sicherheit für Bankkredite. Alle Mitgliedstaaten konnten Anleihen ausgeben, die die Banken kauften, weil sie gegen Hinterlegung dieser Anleihen bei der EZB neues Geld von der EZB bekommen konnten.

Im Mai 2010 ging die EZB dann noch einen Schritt weiter, indem sie gegen, direkt Staatsanleihen, zunächst von Griechenland, später auch von anderen Problemländern aufzukaufen, um den Marktteilnehmern zu versichern, dass sie den Interventionspfad nicht verlassen würde.

Um Staatsanleihen bei der EZB als Pfand für neue Kredite hinterlegen zu können, benötigen diese



tigen Refinanzierungsgeschäften (LTRO) auf drei Jahre –, die sie unbegrenzt vergibt. Nicht zu vergessen ist auch der Rettungsschirm ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), mit dem die Banken demnach direkt rekaptalisiert werden können. Indirekt wird auch der ESM durch die EZB finanziert; denn die EZB finanziert Staaten und Banken, die wiederum den ESM mit Geldern ausstatten.

Aber war mit der Abfolge dieser bisher nie dagewesenen Eingriffe die Situation bereinigt? Nein, die Bankenrettung war nicht komplett ohne seine schuldtragenden. Denn Banken finanzieren die Staaten. Also muss die EZB die Staaten finanzieren, sonst gehen diese Konkurs und ziehen die sie finanzierenden Banken mit hinab. Zudem hilft die Staatsrettung den Banken, da die Staaten deren Einlagen garantieren und mit Steuergeldern retten. Nach der Logik des Interventionismus retten man also beide retten – Staaten und Banken.

So half die EZB auch bei der Rettung von Regierungen. Dabei hatte sie selbst durch ihre expansiven Geldpolitik die Überschuldung forciert und beim Aufbau überdehnter Wohlfahrtsstaaten

flossen Kredite, die für eine Umstrukturierung der Wirtschaft dringend an anderer Stelle benötigt worden wären. So stecken knappe Ersparnisse und Produktionsfaktoren zum Beispiel in Wert verminderten spanischen Baunternehmungen fest. Diese Ressourcen fehlen für neue, nachhaltige Investitionsprojekte. Der Aufschwung verzögert sich, Arbeitsplätze entstehen nicht.

Die Bankenrettung verzögert das Gesund-schrumpfen der Finanzindustrie. Vor allem in der Peripherie wandeln Zombiebanken, die in ihren Büchern faule Kredite und Immobilienbesitz stehen haben, diese Positionen werden nicht abgeschieden, weil die Banken sonst offenkundig insolvent wären. Mittels EZB-Liquidität werden diese Banken künstlich am Leben erhalten. Die Banken müssen ihren Immobilienbesitz nicht verkaufen und verhindern damit eine rasche Anpassung der Immobilienpreise, die den Markt wiederbeleben würden. Aufgrund der allgemeinen Fragilität des Finanz- und Staatssektors und hohen regulatorischen Unsicherheit vergeben die Banken kaum Kredite – und wenn, dann an ihre Regierungen.

Auch die Staatsrettungen verzögern den Aufschwung. Gesecherte Eurostaaten gehen nicht Konkurs und müssen ihre Ausgaben daher nicht ihren Einnahmen anpassen. Defizite und öffentliche Verschwendung laufen – ein wenig gedrosselt – weiter und blockieren eine schnelle Behebung. Der Druck zu unbeliebten Reformen wird in den Regierungen genommen. Er erschröpft sich in mahnenden Worten der internationalen Gläubiger.

Eine andere Folge der Rettungsspirale ist die stiller, noch kaum merkbare Umverteilung. Immer wenn neues Geld geschaffen wird, gewinnen diejenigen, die es zuerst erhalten: hier die geretteten Unternehmen, Banken und Staaten. Sie gewinnen auf Kosten derer, die das neue Geld als letzte erhalten und sich mit höheren Preisen konfrontiert sehen, als es sonst gegeben hätte. Kontinuierlich fließt Reichtum über die EZB von den Geldnutzern zu Blasenunternehmen, von der Real- in die Finanzwirtschaft, von Nord- nach Südeuropa. Beispielsweise verlieren deutsche Sparer ihr Vermögen schleichend zugunsten spanischer Banken oder Rentner.

Wer wie die EZB nicht nur rettet, sondern auch künftige Rettungen verspricht, darf sich dazu nicht wundern, dass in der Zukunft weitere Rettungen erforderlich werden müssen. Einmal in der Logik der Interventionsspirale gefangen, dreht sich das Rettungs-Perpetuum-mobile immer schneller.

Zudem erhöhen die Rettungen zwangsläufig die Macht der EZB, die beansprucht, den Geretteten bestimmte Verhaltensweisen vorzuschreiben. Durch die Bankenunion soll beispielsweise die EZB die Banken beaufsichtigen und gegebenenfalls auch liquidieren können. Doch die Liquidierung nicht tragfähiger Banken würde der EZB, welche die Banken durch Kredite ja unterstützt, selbst Verluste zufügen. Der Retter wird vom Geretteten immer abhängiger und muss immer weiter retten, um Verluste zu vermeiden.

Ähnlich liegt es bei den Staatsrettungen. Indem die EZB – durch das Versprechen unbegrenzten Aufkaufs von Staatsanleihen – die unbegrenzte Finanzierung von Staatsausgaben bei Inanspruchnahme des Rettungsschirms verspricht, betreibt sie eifrig Fiskalpolitik. Die EZB möchte indirekt entscheiden, welche Reformen und Ausgaben in den geretteten Ländern getätigt werden. Diese Macht der EZB ist gleichzeitig ihre Schwäche. Mit jeder Rettungsaktion macht sie sich verletzlicher und abhängiger von der Politik. Ein Zurückfahren der Eingriffe, ein Bremsen der Liquiditätszufuhr, eine Rücknahme der Rettungsversprechungen, würde den Konkurs von Banken und Staaten bedeuten – und damit auch den Konkurs von deren größtem und finalem Gläubiger: der EZB selbst.

Retter und Gerettete sitzen in einem Boot. Wohin treibt es? Nur weitere Rettungen und die Beschleunigung der Notpenesse werden den Euro ohne Konkurse zusammenhalten. In Konkurs gehen wird dann jedoch der Gedanke der Geldwertstabilität.

Macht und politische Abhängigkeit der EZB werden weiter steigen, die Zentralisierungstendenzen zunehmen. Ein nächster Schritt in der Interventionslogik könnte die Banklizenz für den ESM oder die Einführung von Eurobonds sein. Wenn man den Weg des Interventionsschneeballs zu Ende geht, gelangt man zu den von Trichet geforderten Vereinigten Staaten von Europa. Nach Ausschaltung des Systemwettbewerbs, und vor allem des Steuerwettbewerbs, werden Umverteilung, unverantwortliches Handeln und Staatswachstum sich noch ungezügelter ausleben und das zerstören, was Europa groß gemacht hat: die Freiheiten und Rechte des Individuums – jedes einzelnen und aller zusammen. ♦

Noch eine Chance für die Liberalen

Die FDP überlebt in Niedersachsen – dank Leihstimmen aus der CDU. Auf Bundesebene bleiben ihre Werte schlecht. Die Liberalen haben eine Chance: als eigenständige Partei | Von Hans Kremendahl

Vordergründig ist es ein großer Erfolg: Mit 9,9 Prozent der Stimmen hat die FDP bei der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Januar 2013 nicht nur die Fünfprozenthürde übersprungen, was von vielen bezweifelt wurde, sondern sie hat gegenüber 2008 sogar kräftig zugelegt. Allerdings: 80 Prozent – in Zahlen 101.000 – ihrer Wähler haben mit der Erststimme für die CDU votiert. Ein Splitting selten gekanntes Ausmaßes, das die Liberalen wie eine Filiale der Union aussehen lässt, deren Verlust von 6,5 Prozent der Preis für die Leihstimmen ist. Zwar scheint der seit Monaten innerparteilich und in den Medien „gemobbte“ Parteivorsitzende Philipp Rösler vorerst gerettet. Sein Verzicht auf die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl zugunsten Rainer Brüderles lässt allerdings erkennen, wie schwach seine Position trotz des Wahlergebnisses in seinem Heimatland ist.

Die Krise der FDP, die nicht vorbei ist, hat eine vordergründige und eine tiefere Ursache. Nicht „geliefert“ und: Liberale Kernpositionen sind All-gemeingut geworden.

Nicht „geliefert“: Bei der Bundestagswahl 2009 hatte die FDP mit 14,6 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis eingefahren. Sie hatte von allen Parteien das längste und detaillierteste Wahlprogramm. Gewählt aber wurde sie wegen einer einzigen Forderung, nämlich der nach einem „einfachen, gerechten und niedrigen Steuersystem“ (Guido Westerwelle). Es gelang, dies noch im Koalitionsvertrag mit den Unionspartnern zu verankern. Allerdings wurde es unmittelbar nach der Regierungsbildung von Merkel und Schäuble aus haushaltspolitischen Gründen kassiert.

Der schwache Abklatsch einer moderaten Verschiebung der Progressionszonen scheiterte im Bundesrat 2012. Schon nach der schwarz-geben



Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher konnten 1972 die sozialliberale Koalition von Willy Brandt und Walter Scheel fortsetzen. Karl-Hermann Flach hatte diese Politik 1971 mit seinem Buch „Noch eine Chance für die Liberalen“ begründet.

Regierungsbildung begann für die FDP der dramatische Abstieg in Umfragen und Landtagswahlen. Guido Westerwelle musste den Parteivorsitz aufgeben, sein Nachfolger Rösler versprach zwar zu „liefern“, konnte jedoch nie Tritt fassen und wurde fast zur tragischen Figur. Innerparteiliche Querelen, Vorsitzenden-„Bashing“ und fortgesetzte Marginalisierung vor allem durch die Kanzlerin prägen seitdem das Erscheinungsbild der FDP. Das ist die vordergründige Ursache der Krise.

Es gibt aber auch eine tiefergehende Ursache, die die Profilierung einer eigenständigen liberalen Partei so schwierig macht: Die historischen Kernanliegen des politischen Liberalismus sind in unserer Demokratie Allgemeingut geworden. Das gilt die Bürgerrechte und das Rechtsstaatsprinzip.

Welche demokratische Partei wäre noch dagegen? Es gilt für die parlamentarische Demokratie, und es gilt auch für die Marktwirtschaft, deren Überlegenheit über andere Wirtschaftssysteme von niemandem mehr ernsthaft bestritten wird, von einigen Ideologen der Linkspartei vielleicht abgesehen. Insofern sind alle Demokraten heute Liberale – der historische Erfolg des Liberalismus macht ihm die eigenständige Profilierung schwer.

Bis zu einem gewissen Grade gilt das Problem einer eigenständigen Profilierung auch für die Sozialdemokratie: Soziale Gerechtigkeit und Sozialstaat sind zwar ihr Markenzeichen, aber kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Dass es gerecht und sozial zugehen soll, ist unterdessen Konsens aller Demokratien, es geht in Wahrheit nur um ein Mehr oder Weniger,

nicht um den Grundsatz. Noch behaupten die Grünen ihren Markenkern Umweltschutz. Aber auch der ist längst bei den anderen Parteien angekommen. All dies macht Präferenzwechsel bei Wahlen leichter, die Zahl der Stammwähler hat dramatisch abgenommen. Das kann unsere Demokratie stabilisieren, es kann aber auch zu der vielzitierten Alternativlosigkeit und damit zu Politikverdrossenheit führen. Dass es in den Debatten und Entscheidungen um die Eurorettung keine wirkliche Opposition im Parlament und keine Grundratsdebatte in der Öffentlichkeit gab und weiterhin gibt, ist dafür ein alarmierendes Signal.

Noch eine Chance für die Liberalen. Unter diesem Titel hatte der damalige FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach 1971 ein Manifest veröffentlicht, das die Rolle des Liberalismus neu bestimmte und die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition aus liberaler Sicht entwarf und begründete. Im folgenreichen „Freiburger Thesen“, das linksliberale Programm in der Geschichte des deutschen Liberalismus.

Die sozialliberale Koalition hat Innen- wie außenpolitisch für Deutschland viel erreicht. Ohne die neue Ostpolitik wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. „Mehr Demokratie“ (Willy Brandt) wurde in vielen Lebensbereichen verwirklicht. Die deutsche Wirtschaft überstand Verwerfungen wie die Ölkrise und Währungs-schwankungen gut. Dennoch waren die Freiburger Thesen und die Öffnung der deutschen Liberalen nach Mitte-links nur von kurzer Lebensdauer. Die Gesellert der Wende von 1982 ist bekannt. Es folgten 16 Jahre schwarz-gelb unter Helmut Kohl, und seitdem ist die FDP dem „bürgerlichen Lager“ wie mit Pattex verhaftet: Sie

koaliert nur noch mit der CDU/CSU – und dieses Lagerdenken macht auch das obengenannte Stimmsplitting plausibel. Allerdings droht der FDP auch jedes Mal der Absturz, wenn das Splitting nicht in ausreichendem Maße funktioniert. Wie also kann die liberale Partei es schaffen, sich als eigener Kraft im Parteienspektrum zu behaupten?

Zur Massenpartei oder Volkspartei wird sie nie werden, weil die Ziele des Liberalismus kein Alleinstellungsmerkmal mehr sind. Als reine Funktionspartei (Mehrheitsbeschafferin) ist sie stets gefährdet, weil abhängig von den Leihstimmen aus dem Uni-



Dr. Hans Kremendahl ist habilitierter Politikwissenschaftler. Der Sozialdemokrat war Staatssekretär im Senat von Berlin und Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Heute ist er Politikberater und Publizist. Für den HAUPTSTADTBRIEF denkt er laut über die FDP nach.

onslager. Ein eigenständiges Profil und damit eine Daseinsberechtigung aus eigenem Recht könnte sie hingegen als freiheitliches Korrektiv zur Politik der großen Volksparteien gewinnen. Freiheit ist der Kernbegriff und Kernwert des Liberalismus von seinen Anfängen an. Zwar ist, wie gezeigt, die Freiheit nicht bedroht, wenn Christdemokraten oder Sozialdemokraten regieren. Aber beide neigen dazu, in unterschiedlicher Weise den Kompetenzbereich des Staates in die Gesellschaft auszuweiten. Bei der Unionsregierung das vor allem bei den klassischen Ordnungs-funktionen des Staates: So die Forderung nach Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung, nach verstärkter Videoüberwachung auf belebten Straßen und Plätzen, nach Einsatz der Bundeswehr im Innern, nach einer restriktiveren Ausländerpolitik.

Bei der SPD (und teilweise den Grünen) schlägt immer wieder die Vorstellung durch, man müsse Montesquieu: „Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es nötig, kein Gesetz zu machen!“

Hier wäre die originäre Aufgabe einer eigenständigen liberalen Partei: Im Zweifel für die Freiheit, im Zweifel für die Selbstregulierung, Kompetenzvermutung für den Einzelnen und die kleinere Gemeinschaft. Die FDP würde diese Rolle um so überzeugender wahrnehmen können, wenn sie in der Wahl ihres größeren Koalitionspartners wieder offen und flexibel wäre. Das liberale Korrektiv als Angebot an Union und SPD, unterlegt mit einer auf eigenen Wählerstimmen beruhenden Stärke – das würde den politischen Liberalismus wieder zu einer interessanten, selbständigen Kraft machen. Und es würde zugleich der Qualität politischer Entscheidungen in unserem Land nützen. Da liegt sie: Eine Chance für die Liberalen. Noch. ♦

Statt „Mehr Europa“ besser ein „Europa der Bürger“

Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Rückabwicklung von Kompetenzen könnten dem Kontinent aus der Krise helfen | Von Werner Weidenfeld

Das Krisen-Europa dieser Tage bewegt sich in einem merkwürdigen Konglomerat aller möglichen Stimmungen. Da gibt es die Angst um die eigene Währung, aber auch die Sorge um die Zukunft des Kontinents. Überschriften wie „Europa am Abgrund“ verweisen auf die höchst ungewöhnliche Dramatik der Lage. Dagegen stehen politisch beruhigende Hinweise auf das Krisenmanagement der politischen Verantwortlichen. Vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bis zum Fiskalpakt wird zumeist auf Zeitgewinn gehofft. Im demoskopischen Datenmaterial spiegelt sich die Irritation wider: Einerseits wachsen Distanz

hat ein immenser Machttransfer stattgefunden. Thema für Thema ist auf die europäische Ebene abgewandert oder von dort einvernommen worden. Europa ist nicht mehr bloß ein Ornament des Politischen, sondern das Schlüsselstück politischer Machtarchitektur geworden.

Es gibt nur noch sehr wenige Ausschnitte der Politik, die nicht in europäischer Hand sind: die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und Teile der Kulturpolitik. Alles andere ist europäisiert. Und es kommt nicht von ungefähr, wenn im intellektuellen Leben der Begriff „Monster Europa“ (Hans Magnus Enzensberger) eine hohe Konjunk-

Und wie soll nun ein schlichter europäischer Bürger mit solchen Sachverhalten umgehen? Intransparenz veranlasst Distanzierung. Deshalb findet man in der Literatur immer wieder Kritik und Warnung hinsichtlich der „Entmündigung Europas“.

Problem Nummer 3: Alles dies wird grundiert von der elementaren Problemkategorie aller politischen Systeme: der Frage nach der Legitimation. Unübersehbar sind die Distanzierungsbewegungen der Bürger gegenüber der Administration Europas. Sie fühlen sich von diesem „Monster der Macht“ nicht angemessen orientiert. Sie verstehen die Entscheidungsprozesse nicht. Europa hat dramatisch an Macht gewonnen – aber nicht an Zustimmung der Bürger. Sie fühlen sich nicht beheimatet. Die Euro-Gruppe hat über viele hundert Milliarden Euro zu entscheiden – aber Hintergründe, Anlässe, Interessen, Ziele, werden von den Europäern nicht verstanden. Wer ist auf diese Weise denn zu solch weitreichenden und tiefgreifenden Entscheidungen überhaupt legitimiert?

Wenn man vor diesem Hintergrund nun den Ruf „Mehr Europa“ hört, muss man irritiert sein – genauso wäre man ja auch irritiert, wenn solch komplizierte Sachverhalte auf die Kontroverse „Mehr Europa“ oder „Weniger Europa“ zugespitzt würde. Die Antwort muss ganz anders angegangen werden.

In allen Aufgaben, bei denen ein einzelner Staat in Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik überfordert ist, muss Europa auch wirklich handlungsfähig sein. Ein intransparentes, kaum legitimes Europa mit ungeklärten Führungsstrukturen ist dies nicht. Das Defizit an Handlungsfähigkeit, dort wo wir Europa wirklich und definitiv brauchen, ist ein Defekt, den es zu überwinden gilt.

Noch dringlicher aber erscheint es, das Legitimationsproblem zu lösen. Der Bürger muss Europa als „sein Europa“ erfahren können. Er muss es verstehen können. Er muss partizipieren können. Er muss positiv in Europa beheimatet sein. Mehrere Schritte können dabei hilfreich sein:

- Zur institutionellen Fortentwicklung hat der Europäische Rat eine hochrangige Reformkommission eingesetzt, bestehend aus Präsident des Europäischen Rates, Präsident der Europäischen Kommission, Präsident der Europäischen Zentralbank, Vorsitzendem des Euro-Rates. Eine ähnlich hochrangige Kommission sollte zum Thema „Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Rückabwicklung von Kompetenzen“ eingesetzt werden. In der Eigendynamik des Machttransfers auf europäischer Ebene hat man den Überblick verloren. Der klare Blick auf angemessene Zuordnung von Kompetenzen sollte wiederhergestellt werden.

- Ebenso wichtig aber ist das Konzept, ein Europa nah am Bürger zu schaffen. Europa im Detail verständlich machen, Europa als Ort der Partizipation zu kreieren – das wäre die Lösung. Europäische Partizipation kann sich nicht erschöpfen in Wahlen zum Europäischen Parlament und künftig vielleicht noch die Direktwahl eines europäischen Präsidenten. Nein, auch die thematischen Details, die strategischen Antworten, die elementaren Problemlösungen müssen in einer Partizipationskultur erarbeitet werden. Diese Zukunftsaufgabe rechtfertigt jeden Aufwand an Phantasie, Kreativität und methodischer Rationalität.

Die mit Spannung erwartete Grundsatzrede des britischen Premierministers David Cameron hat auf eine tiefe Wunde Europas hingewiesen: die Distanz zwischen Bürger und Europa-Institutionen. Der scharf kritisierte Aspekt des Ringens um nationale britische Sonderinteressen sollte nicht von dieser Beleuchtung der Tiefendimension Europas völlig ablenken. Europa wird nicht darum herumkommen, eine Strategie für ein Europa der Bürger zu entwickeln und zu implementieren. An dem Punkt hat der so viel gescholtene Cameron recht. Eine neue Partizipationskultur ist anzuzeigen.

Europas Politik muss mit dem Konzept eines Europas der Bürger das Erklärungsdefizit eliminieren. Es ist viel Zeit und Kraft auf die Erläuterung zu richten. Wer die Deutungshoheit gewinnt, der gewinnt auch die Zukunft. Es wäre gut und angemessen, den Befund von Jürgen Habermas überarbeiten zu können, dass die Probleme Europas durch eine normativ verkümmerte Führungsgeneration geschaffen seien. Eine kreative, strategisch denkende Politik-Generation könnte ein „Europa der Bürger“ hinbekommen. Es bedarf nur einer entsprechenden strategisch orientierten Führung, und das bürgernahe Europa entsteht!



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Für den HAUPTSTADTBRIEF geht er der Frage nach, ob die populistische Parole „Mehr Europa“ eine richtige Antwort ist.

und Misstrauen gegenüber dem bürokratisch organisierten „Brüssel-Europa“. Andererseits gibt die Mehrheit der Befragten an, der einzelne Staat allein sei überfordert. Und dann sagen mehr als zwei Drittel, man könne das alles, die komplizierte Lage, sowieso nicht verstehen.

Im Blick auf die höchst komplexe und höchst spannungsreiche atmosphärische Lage sind zwei völlig gegensätzliche politische Reaktionen in Europa zu registrieren:

- Historisch kann man an vielen Ereignissen der Europapolitik die Suche nach einfachen Antworten bei komplizierten Lagen festmachen. Die Unüberschaubarkeit verlockt zur Rhetorik der simplen Lösung. Entsprechend haben in

tur aufweist. Diese „Vermonsterisierung“ Europas hat einen zusätzlichen, markanten Machtschub durch das finanzpolitische Krisenmanagement erhalten: europäische Rettungsschirme und Fiskalpakt. Das alles ist als jeweils neuer Schritt des Machttransfers zu sehen. Drei Grundprobleme werden in diesem Prozess unübersehbar:

Problem Nummer 1: Die Führungsfrage ist ungeklärt. Wer übernimmt dafür die Verantwortung? Das Europäische Parlament kritisiert die „Gipfelitis“ der Regierungen. Alle Entscheidungen werden auf Gipfeltreffen verlagert, die sich den herkömmlichen Kontrollmechanismen entziehen. Im Vertraulichkeitsrahmen hinter verschlossenen Türen werden Kernfragen Europas entschieden – und den Europäern bleibt nur, auf



Der Lissabon-Vertrag ist bestenfalls von Profis zu erfassen, deren Berufsleben kein anderes Betätigungsfeld aufweist. Im Bild die Unterzeichnung dieses EU-Grundlagenvertrags durch Angela Merkel am 13. Dezember 2007.

fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die populistischen Angebote hohe Konjunktur. Und diese Konjunktur lässt sich auch in Wahlerfolge umsetzen. Man blicke nur nach Ungarn, in die Niederlande, nach Frankreich ... Die Liste ließe sich fortsetzen. In Deutschland blieb ein populistischer Groß-Erfolg bisher aus. Aber die Bundestagswahl im Herbst 2013 bietet einen interessanten Test für dieses Thema. Erste wahlstrategische Versuche, Anschluss an europapolitischen Populismus zu finden, laufen an.

- Viele verantwortliche Entscheidungsträger reagieren auf das aktuelle Paket an Herausforderungen mit einem völlig anderen, zunächst auch einfach klingenden Ausruf: „Mehr Europa!“ Manch einem Bürokraten mag dabei das Herz höher schlagen. Grundsätzlich wirkt diese merkwürdige Vereinfachung auf den schlichten Ausruf „Mehr Europa“ geradezu provozierend. Aber lässt sich in diesem vereinfachten Ausruf wirklich eine Lösung für die krisenhaften Schwierigkeiten Europas finden? Die Lage ist doch viel komplizierter. Man muss sich zunächst einmal Klarheit über die Problemlage verschaffen.

Europa heute ist nicht mehr mit Lösungsangeboten von vor 20 oder 30 Jahren zu befriedigen. Früher hätte man auf die Frage, wofür Europa denn zuständig ist, neben dem feierlichen Hinweis auf die normativen Grundlagen locker auf Agrarpolitik und Außenzoll hingewiesen. Aber seitdem

die nächtliche Pressekonferenz zu warten, auf der die Ergebnisse verkündet werden.

Subtilere Beobachter können zusätzlich die Spannungsfelder zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten des Ministerrats, dem Präsidenten der EU-Kommission, dem Vorsitzenden des Euro-Rates, den Sprechern des Europäischen Parlaments, den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und je nach Fall noch zusätzlich dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank und der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik beobachten. Das ist die lange Liste von Verantwortlichen. Aber wer hat für welche europäische Aufgabe wirklich die Führungsverantwortung? Diese Frage kann gegenwärtig niemand beantworten.

Problem Nummer 2: Mit ungeklärter Führungsverantwortung ist eine zweite Problemkategorie eng verbunden: die Notwendigkeit, Transparenz zu schaffen. Die Europäische Union gehört zweifellos zu den höchst intransparenten Phänomenen, mit denen das politische Leben bisher umzugehen hatte. Das gilt unter anderem für die vertraglichen Grundlagen. Der Lissabon-Vertrag ist bestenfalls von Profis zu erfassen, deren Berufsleben kein anderes Betätigungsfeld aufweist. Es gibt zudem etliche Beispiele, z. B. im Umfeld der Fiskalpaktverhandlungen, bei denen nicht einmal die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten den Lissabon-Vertrag verstanden hatten.



Die Schweiz liegt vorn

Der „Länderindex Familienunternehmen“ misst die Standortfaktoren, die für Familienunternehmen wichtig sind. Fünf komplex zusammengesetzte Indices fließen in die Studie ein: „Steuern“, „Arbeitskosten“, „Produktivität“, „Humankapital“, „Regulierung“, „Finanzierung“ und „Öffentliche Infrastruktur“. Je höher der Wert, desto besser das Investitionsklima.

Land	2012	2010
Schweiz	69,37	67,41
Finnland	67,91	66,22
Dänemark	66,92	64,53
Großbritannien	66,32	64,84
Luxemburg	65,80	65,70
Schweden	62,19	60,75
Niederlande	60,56	57,17
USA	59,58	58,98
Irland	55,82	55,86
Österreich	53,84	51,51
Deutschland	53,11	52,34
Frankreich	52,02	51,11
Belgien	51,61	50,76
Slowakei	50,99	51,04
Tschechien	50,27	50,48
Polen	48,38	46,11
Spanien	42,44	45,62
Italien	33,35	32,86

Fortsetzung von Seite 1

Kleine Länder, kleine Sorgen

Deutschlands, die viele so bewundern, oft nur als „gefühlte Stärke“.

Nach der Studie kann Deutschland sich gerade noch im Mittelfeld platzieren. Es ist damit einer Reihe von konkurrierenden EU-Ländern klar unterlegen. Weil der Länderindex nicht auf bloßen Einschätzungen und Vermutungen, sondern auf geprüften Zahlen beruht, müssen wir dies ernst nehmen.

Dabei sind Defizite des Standorts Deutschland im Einzelnen deutlich: Besonders negativ fallen die Regulierungsdichte sowie die vergleichsweise hohen Arbeitskosten ins Gewicht. Auch das komplexe Steuersystem belastet die Unternehmen. So benötigt ein Familienunternehmen mittlerer Größe zur Bearbeitung seiner steuerlichen Angelegenheiten hierzulande jährlich etwa 221 Arbeitsstunden – den Aufwand des externen Steuerberaters nicht mitgerechnet. Und diese Situation wird leider keinesfalls besser. Vor zwei Jahren waren es nur knapp 200 Stunden. In der Schweiz (Beispielkanton Zürich), dem Sieger-Land des Länderindex, kommt man mit 63 Stunden aus.

Der Standort Deutschland hat sich seit dem ersten Länderindex von vor sechs Jahren kaum verbessert. Die Nachbarstaaten haben uns zum Beispiel auf dem wichtigen Feld der Steuern weit überholt. Nur wenige verlangen von ihren Unternehmen mehr als wir: Die Belastung in Deutschland ist trotz der Unternehmenssteuerreform 2008 kontinuierlich gestiegen. So wurden etwa die durchschnittlichen Hebesätze für die Gewerbe- und die Grundsteuer vielfach massiv angehoben. Als Fazit rangiert Deutschland im Bereich Steuern nur auf Platz 13 von 18 untersuchten Ländern.

Auch die Erbschaftsteuerbelastung erweist sich bei uns im internationalen Vergleich betrachtet als überdurchschnittlich hoch. Sieben Länder – Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik und die Tschechische Republik – verzichten ganz darauf. Andere gewähren weitgehende Steuerfreiheit für nahe Verwandte wie z. B. die Ehegatten oder die Kinder.

Damit bleibt die Erbschaftsteuer für das deutsche Familienunternehmen ein gravierender Standortnachteil: Seit der Bundesfinanzhof in einer Vorlage an das Bundesverfassungsgericht die Verschonung des Betriebsvermögens in Frage stellt, hat dieses Problem an Dramatik zugenommen. Da mit einer Entscheidung aus

Karlsruhe wohl nicht vor 2015 zu rechnen ist, besteht bis dahin eine große Unsicherheit, die eine schnelle Übergabe des Unternehmens an die nächste Generation gefährdet.

Neu aufgekommene politische Forderungen nach einer Verschärfung der Erbschaftsteuer und einer Wiederbelebung der Vermögenssteuer treffen derzeit in der Öffentlichkeit auf offene Ohren. Der Länderindex zeigt, wie sehr solche Belastungen Deutschland als Industriestandort nach unten ziehen würden. So rutschte Spanien um fünf Plätze im Gesamtranking ab, nachdem dort eine Vermögensabgabe eingeführt worden war. Auch Irland verlor im Vergleich zu 2010 im Ranking fünf Plätze. Das von der Finanz- und Bankenkrise geschüttelte Land hatte einen Zuschlag auf die Einkommensteuer erhoben und gleichzeitig die Abgeltungsteuer auf Zinsen sowie die Erbschaftsteuer drastisch erhöht.

Konzerne im anonymen Streubesitz können solche Entwicklungen in aller Ruhe von der Zuschauertribüne aus verfolgen, betroffen sind nicht sie selbst, sondern nur ihre Anteilseigner. Beim Familienunternehmen dagegen geht es sofort um eine Verminderung des Eigenkapitals sowie des für Investitionen zur Verfügung stehenden Gewinns und damit um einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

Impressum

DER HAUPTSTADTBRIEF
Aktuelle Sonderausgabe als Beilage
in Frankfurter Allgemeine –
Zeitung für Deutschland,
Ausgabe vom 1. Februar 2013,
in Zusammenarbeit
mit der Stiftung Familienunternehmen

Herausgeber: Bruno Waltert (ViSdP)
Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Layout: Mike Zastrow

Verlag:
HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin
Telefon 030 / 21 50 54 00
Telefax 030 / 21 50 54 47
info@derhauptstadtbrief.de

Druck:
Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH
Potsdam, 14473 Potsdam

Diese Ausgabe finden Sie auch online
unter www.derhauptstadtbrief.de

© DER HAUPTSTADTBRIEF 2013